

29. Dezember 2006, Neue Zürcher Zeitung

## **Politstrategische Muskelspiele um Europas künftige Erdgasversorgung**

**Wachsender russischer Widerstand gegen das Nabucco-Gaspipeline-Projekt zwischen der EU und Zentralasien**

**Die weltweit grössten Gasfelder liegen ausser in Russland im Gebiet des Persischen Golfes und im kaspischen Becken. Die EU möchte über die Nabucco- Pipeline bis 2011 einen direkten Zugang zu diesen Reserven bauen. Doch Gazprom, vorläufig noch Monopol-Transporteur auch für zentralasiatisches Gas, behindert das Projekt wo immer möglich.**

Von unserem Korrespondenten für Mittel- und Südosteuropa, Thomas Kreyenbühl  
Wien, Ende Dezember

Vor Jahresfrist hat Russland seine in der Zeit des Kalten Krieges gewonnene Reputation, unter allen Umständen ein zuverlässiger Energielieferant zu sein, eingebüsst. Nach langen und erfolglosen Preisverhandlungen stellte der führende russische Gasproduzent und Gastransport-Monopolist Gazprom die Lieferungen an die Ukraine mitten im Winter einfach ein. Kiew zapfte das fehlende Gas daraufhin aus den Transit-Pipelines nach Europa ab; die Temperaturen sanken deshalb in jenem kalten Winter auch in den Stuben der mittelosteuropäischen Nachbarstaaten mit unzureichenden Speicherkapazitäten.

### **Erdgas als politische Waffe**

Kurz nach dem spektakulären Lieferstopp drohte Gazprom-Chef Aleksei Miller, das russische Gas auf Kosten der traditionellen westlichen Abnehmer (ein Viertel des in der EU verbrauchten Gases stammt aus Russland) künftig vermehrt zu fernöstlichen Wachstumsstaaten zu leiten. Dann wurde ein vor der Insel Sachalin in der Öl- und Gasförderung aktives Shell-Konsortium plötzlich mit längst bestehenden Umweltauflagen drangsaliiert und genötigt, eine 50%-Gazprom-Beteiligung zu akzeptieren. Mit dem gleichen Ziel bedrängen russische Steuerfahnder jetzt das britisch-russische TNK-BP-Konsortium auf dem sibirischen Erdgasfeld Kowytka. Ausserdem vervierfachte der Moskauer Konzern über den Sommer hinaus die Absatzpreise, die er den exklusiv versorgten Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verrechnet. Sie bezahlen nun annähernd den in Westeuropa üblichen Preis von etwa 250 \$ je 1000 m<sup>3</sup>.

Etwas sanfter (110 \$ bis 130 \$) fällt das neue Preisdiktat vorläufig einzig für jene GUS-Mitglieder aus, die bereit sind, der Gazprom Teile ihrer Gasverteiler- und Gastransport-Einrichtungen zu überlassen. Etwa für die Moldau, welche die Mehrheit von Moldovagaz bereits an den russischen Lieferanten abgetreten hat, für Weissrussland, das nun genötigt werden soll, seine Beltransgaz in ein Joint Venture mit Gazprom einzubinden, für Armenien, das seinen Gasverteiler und auch seine Rechte an der neuen Gaspipeline nach Iran in die 58%-Gazprom-Tochter ArmRosGaz einbringen musste, oder für die Ukraine, wo nun ein gewichtiger Teil des Absatzmarktes von UkrGasEnergo, einem Joint Venture zwischen dem staatlichen ukrainischen Naftogaz und der undurchsichtigen 50%-Gazprom-Tochter RosUkrEnergo (NZZ vom 8. 11. 06), kontrolliert wird.

Dass Erdgas zur politischen Waffe geworden ist, verspürt vorläufig am heftigsten wohl Georgien mit seiner Nato-freundlichen Aussenpolitik. Für den Fall, dass die russischen Lieferungen ab Anfang 2007 nicht mit den in Moskau diktierten «Weltmarktpreisen» bezahlt werden, droht Gazprom mit einem Lieferstopp. Georgien will sich jedoch nicht einschüchtern lassen und sucht über die Türkei den

Zugang zum Erdgas des Nachbarlandes Aserbeidschan; die alte Direktverbindung war vor Jahresfrist - so wurde behauptet - von Terroristen weggesprengt worden.

### **Fehlende EU-Energiepolitik**

Die EU hat den rauerer Sitten im russischen Energiegeschäft vorläufig nicht viel entgegengesetzt. Noch ist die Energiepolitik nicht Sache Brüssels, sondern der einzelnen Mitgliedstaaten, und dort wird sie faktisch von den grossen Energieunternehmen gemacht, die sich - wie das auslaufende Jahr ebenfalls deutlich gezeigt hat - aus der Zusammenarbeit mit Russland grössere Gewinne versprechen als aus der Rücksichtnahme auf die europäische Versorgungssicherheit.

Doch diese Schwäche ist inzwischen erkannt worden. An einem der letzten Ministertreffen während der EU-Rats-Präsidentschaft Österreichs haben Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, EU-Energiekommissar Andris Piebalgs und die für Energiefragen zuständigen Regierungsmitglieder der Türkei, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns im Frühsommer dem nach einer Verdi-Oper benannten Nabucco-Gaspipeline-Projekt starke politische Unterstützung zugesagt. Der erste Spatenstich für die 3300 km bis in den Osten der Türkei reichende Leitung soll 2008 erfolgen, damit ab 2011 erstes «alternatives», das heisst nichtrussisches Erdgas direkt aus dem kaspischen Becken (Aserbeidschan, Kasachstan und - falls möglich - Iran und Turkmenistan) und einigen nahöstlichen Ländern (Irak, Ägypten) über Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu einer bereits bestehenden Verteiler-Nabe in der Nähe Wiens (in Baumgarten) gepumpt werden kann. Ein beträchtlicher Teil des Gases wird anfänglich aus den riesigen, erst 1998 entdeckten aserbeidschanischen Offshore-Lagern von Shah Deniz stammen, die über die Baku-Tbilissi-Erzurum- Pipeline mit der Osttürkei bereits verbunden worden sind. Ob es danach gelingt, eine leistungsfähige Verbindung auch zu den iranischen Gasfeldern zu bauen, ist vorläufig noch unsicher. Wegen der internationalen Isolierung des Landes in der Atomfrage scheint Teheran eher gewillt zu sein, auf die Lockungen des Kreml einzutreten und mit Gazprom Allianzen zu bilden. Dies wiederum würde Nabucco den Zugang zum Gas aus Turkmenistan verunmöglichen. Unsicher sind weiterhin auch die Nabucco-Verzweigungen hin zum politisch fragilen kleinasiatischen Raum. Die amerikanische Sicherheitspolitik der letzten vier Jahre hat es Gazprom und dem Kreml sicher leichter gemacht, Europa von alternativen Energiequellen abzuriegeln.

Nabucco ist als grosse Zulieferleitung (mit einer maximalen Jahreskapazität von 31 Mrd. m<sup>3</sup> ab 2020) ausgelegt. Sie soll zusammen mit einigen anderen, bisher weniger weit gediehenen Projekten die europäische Abhängigkeit von Gazprom und dem russischen Leitungssystem vermindern. So ist die Rede von zusätzlichen Tiefsee-Pipelines zwischen der EU und den grossen nordafrikanischen (hauptsächlich algerischen) Lagerstätten, einer parallel zu Nabucco von Aserbeidschan über Georgien und die Schwarzmeertiefen zur EU geführten Leitung und dem Bau einer Reihe von Mittelmeer- und Ostsee-Flüssiggas-Terminals zur Entladung von Tankschiffen aus dem Persischen Golf und Nordafrika. Alle diese Projekte dienen nicht dazu, Zulieferungen aus Russland abzulösen. Europa braucht das russische Gas angesichts seines wachsenden Bedarfs und der tendenziell sinkenden Eigenproduktion auch in Zukunft. Doch Gazprom, der weltgrösste Erdgaskonzern mit offensichtlicher Neigung, seine Monopolstellung für wirtschaftliche und politische Zwecke zu missbrauchen, soll gezwungen werden, die bisher nicht akzeptierten Grundsätze eines fairen Energiehandels zu respektieren. Es geht vor allem darum, das mit den russischen Transportwegen geschaffene Monopson für nichtrussisches, zentralasiatisches Gas zu brechen.

### **Unfaire Handelspraktiken**

Weil Gazprom keine fremde Energie in den eigenen Leitungen akzeptiert, sind die Binnenländer im kaspischen Becken vorläufig nämlich genötigt, ihr Gas an den Konzern aus Moskau oder seine Tochtergesellschaften zu verkaufen. Und zwar zu den Bedingungen, die Gazprom setzt. Die lukrativen «Arbitragen» aus immer noch relativ billig zugekauftem und teuer weiterverkauftem zentralasiatischem Gas erlauben der Gazprom nicht nur die «Subventionierung» des russischen Binnenkonsums, sondern auch Einkäufe in die wertschöpfenden europäischen Energie-Verteiler-Systeme. Gazprom nutzt die in der EU geltende Freiheit der Anleger und den freien Kapitalverkehr für

ihre umfangreichen Beteiligungskäufe im Westen, ohne aber Gegenrecht zu halten und den Energietransport, wie Brüssel es fordert, auch ausländischen Anbietern zu öffnen.

Mit dem Nabucco-Projekt sollen die nichtrussischen Lieferanten aus dem kaspischen Becken befähigt werden, mit den Endabnehmern in direkte Verhandlungen über Preise und Mengen zu treten. Endlich könnte sich ein Marktpreis für Pipeline-transportiertes Gas aus dem Osten entwickeln. Sollte sich dieser unter den gegenwärtig von Gazprom verrechneten Preisen einpendeln, könnten auch die Endabnehmer der EU - und der GUS - profitieren. Letztere sind jetzt, wie Energieexperte Vasily Astrov vom **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche** argumentiert, wegen der jüngsten Preiserhöhungen nicht mehr so eng an Gazprom gekettet und daher zunehmend befähigt, ihre Versorgungskanäle ebenfalls zu diversifizieren.

### **Nadelstiche aus Moskau**

Kein Wunder also, dass das Nabucco-Projekt vom Konzern aus Moskau hart bekämpft wird. Präsident Putin hatte schon 2003 die Bildung einer zentralasiatischen Gas-«Opec» unter russischer Führung verlangt, und an diesem Ziel hält Gazprom weiterhin fest. So verstand sie es kurz vor der Wiener Ratstagung vom Frühsommer, die im Nabucco-Konsortium vertretenen Energiegesellschaften auseinanderzuidividieren: Die ungarische Energie- und Gastransportgesellschaft MOL wurde in ein Verfahren zur Prüfung der Machbarkeit eines parallel zu Nabucco verlaufenden Alternativprojekts, der Südeuropäischen Gaspipeline, eingebunden. Diese soll in der Nähe Ankaras russisches (oder von Gazprom vorher zugekauft zentralasiatisches) Gas aus der bisher unzureichend ausgelasteten Schwarzmeerleitung «Blauer Strom» aufnehmen und zu neuen, noch zu bauenden Lager- und Verteiler-Einrichtungen in Ungarn führen.

Die Südeuropäische Gaspipeline ist als Ergänzung gedacht zu der vom Kreml und von der Regierung Schröder beschlossenen und unter der Führung Schröders bereits gebauten Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland. Die beiden Leitungen zielen offensichtlich darauf ab, Europa noch stärker an den russischen Gashahn zu binden und Gazprom näher an die europäischen Verteilersysteme heranzubringen. So hat E.ON Ruhrgas schon Bereitschaft bekundet, das 2005 - angeblich zur eigenen Bewirtschaftung - von MOL übernommene ungarische Gas-Verteiler-Geschäft gegen eine 25%-Beteiligung am sibirischen Yuschno-Russkoje-Gasfeld, wo das Gas der Ostsee-Pipeline herkommen wird, an den Moskauer Konzern abzutreten.

Ungarn tanzt auf zwei Hochzeiten

Der Bau der südeuropäischen Erdgaspipeline wäre wahrscheinlich für Nabucco der Todesstoss, weil der potenzielle Kundenkreis beider Anlagen der gleiche ist, nämlich vornehmlich südosteuropäische sowie einige mittel- und südeuropäische Länder. Es stellt sich die Frage, wer den längeren Atem und angesichts der drohenden Überkapazität den grösseren Wagemut hat: Die Gazprom, die ihr 4-Mrd.-Euro-Projekt aus einem halben Jahresgewinn finanzieren könnte, oder die Nabucco- Aktionäre, die zusammen mit der Europäischen Investitionsbank, der Osteuropabank (EBRD) und der International Finance Company (Weltbank) 4,5 Mrd. Euro zusammenbringen müssten.

### **Fadenscheinige Ausreden**

Das offizielle Ungarn windet sich. György Gilyan, Staatssekretär im ungarischen Wirtschaftsministerium, rechtfertigte den MOL-«Seitensprung» mit der fadenscheinigen Erklärung, zum Schutz der europäischen Versorgungssicherheit seien alle irgendwie vorstellbaren Diversifikationsmöglichkeiten zu prüfen. Und MOL-Chef Zsold Hernadi stellte sich kürzlich auf den Standpunkt, dass sich Ungarn von der EU nicht konditionieren lassen könne, weil sich die Interessen der stark oder vollständig von russischen Lieferungen abhängenden zentral- und osteuropäischen Länder von jenen im Westen der Union deutlich unterschieden und «vernünftigerweise» das billigere Konzept gebaut werden solle. Österreichs Bartenstein versuchte die Peinlichkeit im Frühsommer mit dem Argument zu verwischen, Geld spiele nur noch eine sekundäre Rolle, es gehe - wie er in den

Telefongesprächen mit seinen europäischen Partnern immer wieder erfahre - jetzt hauptsächlich um die Versorgungssicherheit.

### **Pervertierung eines Konzeptes**

Weiter versucht Gazprom dem Nabucco-Konsortium auch in Zentralasien das Wasser abzugraben. In den letzten Monaten sind den traditionellen Gaslieferanten dieses Raumes neue, langfristig ausgelegte exklusive Lieferverträge zu etwas besseren Konditionen (100 \$ je 1000 m<sup>3</sup>) unterbreitet worden. Turkmenistan hat eingewilligt, Kasachstan empfindet sich hingegen als unabhängige Regionalmacht und Brücke zwischen Russland und China und will sich von Gazprom nicht an die kurze Leine legen lassen. So wie auch die eher westlich orientierte und den Turkvölkern zugewandte aserbeidschanische Regierung, die ihre neuen Offshore-Gaslager bereits mit der Osttürkei verbunden hat und nun - über Georgien und die Schwarzmeertiefen - einen weiteren, von Russland unabhängigen Absatzkanal zur EU erschliessen möchte. Dass Gazprom solche Verbindungen nicht duldet, hat sich erst kürzlich in Armenien erwiesen. Über die neue ArmRosGas ist es ihr dort gelungen, ihre Pranken auf die erste Direktleitung zu legen, die iranisches Gas dereinst bis nach Europa hätte bringen sollen.

Damit nicht genug: Die künftigen Nabucco- Aktionäre (die österreichischen OMV, die ungarischen MOL, die rumänische Transgaz, Bulgargas und die staatliche türkische Energie-Transport-Gesellschaft Botas) erhalten ihr Gas alle hauptsächlich oder sogar ausschliesslich aus Russland und können sich grössere Zerwürfnisse mit Gazprom kaum erlauben. Gazprom nutzt diesen Einfluss zum Versuch, sich direkt in der Nabucco-Betreiber-Gesellschaft einzunisten. Im Mai liess der für die Aussenbeziehungen von Gazprom verantwortliche Aleksander Medwedew den damaligen rumänischen Wirtschaftsminister wissen, ohne russische Beteiligung werde es nie zu einer Nabucco-Pipeline kommen. Seither sind die Bemühungen, als sechster Aktionär im Nabucco-Konsortium Einsitz zu nehmen, intensiviert worden. OMV-Chef Wolfgang Ruttenstorfer bestätigte dieser Tage, dass Verhandlungen mit einem neuen Aktionär geführt würden, betonte aber, es handle sich «nicht um Gazprom und nicht um eine russische Gesellschaft». Doch Gazprom hält auch Beteiligungen ausserhalb Russlands.

### **Vor dem Showdown**

Trotz dem offenen und versteckten Widerstand werden die Vorbereitungsarbeiten für Nabucco unbeirrt weitergeführt. Ende November vereinbarte Kommissar Piebalgs in Kasachstan im Rahmen der «Baku-Initiative» mit den Energieministern der Länder des kaspischen Raums und der Schwarzmeerregion die Einrichtung eines umfassenden Rechts- und Regulierungsrahmens für einen gemeinsamen, von der EU und den internationalen Finanzinstitutionen geförderten und nach den Regeln der EU funktionierenden Energiemarkt. Ausserdem hat die bei OMV angegliederte Nabucco Gas Pipeline International Vorbereitungen für die Vereinheitlichung der künftigen Gastarif-Gestaltung und für die Buchung von Nabucco-Transportkapazitäten getroffen. Auf der anderen Seite spottet der mit der Abriegelung alternativer Zulieferwege zu Europa so erfolgreiche Medwedew, unter solchem Namen (Nabucco oder Nebukadnezar war König von Babylonien, wo sich heute die reichen irakischen Erdgasfelder befinden) würden wohl überhaupt keine Pipelines gebaut: Die beiden Lager bringen sich für den Showdown in Stellung.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2006/12/29/wd/articleERUMR.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG